

Eine Zukunftsaufgabe in guten Händen



Weiterentwicklung der GAP aus Natur- und Umweltschutzsicht - III. Workshop Karin Robinet FG I 2.1

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe: „Nachhaltig und
innovativ: Zukunft Ländlicher Raum
- Perspektiven für naturverträgliches Wirtschaften

www.ilr-2013.de



Gliederung

1. Aktuelles
2. Rückblick auf WS
3. Inhalte und Fragen an den heutigen Workshop

Aktuelle Entwicklungen (November 2009 – Mai 2010)

November 2009 – Dezember 2009:

- Neue EU-Kommission: Dacian Ciolos (DG Agri) und Janez Potočnik (DG Umwelt);

Januar bis April 2010

- Januar 2010: Internationales Jahr der Biodiversität wird eröffnet
- SRU veröffentlicht seinen Vorschlag „Für eine zeitgemäße Agrarpolitik“;
- Umweltverbände bringen auf nationaler und auf europäischer Ebene ihre Vorstellungen ein ; Deutscher Bauernverband auf nationaler Ebene (europ. im Mai)
- Bundesregierung veröffentlicht ihre Vorstellungen zur Zukunft der GAP (31.03.2010); Wissenschaftlicher Beirat veröffentlicht seine Empfehlungen, Anhörung im Agrarausschuss,
- DG Agri leitet eine Konsultation „Zukunft der europäischen Agrarpolitik“ ein – Ende der Konsultation 3. Juni 2010, Konferenz 15/16. Juli 2010

Cioloș Konsultation zur Zukunft der Agrarpolitik

*Die Gemeinsame Agrarpolitik ist für alle Kreise der Gesellschaft von Bedeutung - nicht nur für die Landwirte. **Auch Sie** sind betroffen, denn in der europäischen Landwirtschaft geht es um Ernährungssicherheit, Landschaften, Beschäftigung, Umwelt, Klimawandel. Teilen Sie uns mit, welche Bedürfnisse Sie haben und was Sie sich von der Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete in Europa erwarten. Helfen Sie uns, eine Politik auf die Beine zu stellen, die Ihren Bedürfnissen und Erwartungen am besten gerecht wird!"* - Dacian Cioloș, Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

1. Warum brauchen wir eine Gemeinsame europäische Agrarpolitik?
2. Was erwarten die Bürger von der Landwirtschaft?
3. Warum muss die Gemeinsame Agrarpolitik reformiert werden?
4. Welches Instrumentarium benötigen wir in Zukunft für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik?

Ziele der Agrarpolitik

Position der Bundesregierung I

- „Die GAP muss kohärent zu den anderen Politikbereichen der Europäischen Union und den Millenniums-Entwicklungszielen ausgestaltet sein. Sie muss auch die Landwirtschaft bei der Bewältigung des Klimawandels und der Erhaltung der Biodiversität unterstützen, zur Verbesserung des Wassermanagements beitragen sowie die tier- und umweltgerechte Produktion sicherstellen.“ (S.2, Kabinettsbeschluss 31.03.2010)
- Zu den Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft, die von allen Betrieben unabhängig von der Agrarstruktur erbracht werden, gehören z. B. die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, die Beiträge zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, vitaler ländlicher Räume und der Biodiversität sowie die Aufrechterhaltung des Schutzes und der Erholungsfunktionen der Landschaft (S.5, Kabinettsbeschluss 31.03.2010)

Instrumente der Agrarpolitik

Position der Bundesregierung II

- „Um die künftigen Herausforderungen zu bewältigen, braucht die GAP auch künftig eine wirkungsstarke 1. und eine wirkungsstarke 2. Säule. ...eine jährliche Mittelumschichtung von den Direktzahlungen zur zweiten Säule abgelehnt. Direktzahlungen sollen auch weiterhin vollständig aus EU-Mitteln finanziert werden. Das Prinzip der pauschalen Honorierung öffentlicher Güter und Leistungen der Landwirtschaft mittels Direktzahlungen hat sich grundsätzlich bewährt und sollte qualitativ weiterentwickelt werden.“
(Kabinettsbeschluss 31.03.2010, S. 4)
- Die gezielte Honorierung von freiwilligen, über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden Leistungen (sind) kooperativ mit der Landwirtschaft zu erreichen. Diese Leistungen sollten so honoriert werden können, dass dadurch die gewünschte Lenkungswirkung erzielt wird.... Die Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 und der EG-Wasserrahmenrichtlinie müssen bei der Förderung berücksichtigt werden.“ (Kabinettsbeschluss 31.03.2010, S. 6 und 7)

Künftige Schwerpunktsetzung in Europa Position der Bundesregierung III

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, sich zu den wichtigen Fragen der künftigen Schwerpunktsetzung des EU-Haushalts und der einzelnen Gemeinschaftspolitiken zu positionieren. Für alle Politikbereiche gilt: Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise und der daraus resultierenden langjährigen Zwänge zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in der gesamten Union stehen wir vor dem Erfordernis, die Herausforderungen, die sich der Union zukünftig stellen, mit den Mitteln eines begrenzten Finanzrahmens zu bewältigen, der aus der Sicht von Deutschland nicht über den aktuellen Finanzrahmen der Gemeinschaft hinausgehen kann.
(Kabinettsbeschluss 31.03.2010, S. 1)

Länderpositionen

- AMK Beschluss vom 30.04.2010 unterstützt die Haltung der Bundesregierung

Protokollerklärung der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin:

Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind der Auffassung, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der GAP gestärkt werden und deshalb längerfristig auf eine neue Grundlage gestellt werden muss.

Statt die Unterstützung der Landwirtschaft allgemein und pauschal zu begründen ist deutlich zu machen, dass die zwei Säulen der GAP der Entlohnung konkreter gesellschaftlich gewünschter und nützlicher Leistungen dienen. Deutschland sollte in diesem Sinne frühzeitig eine eigene Position in der anstehenden Diskussion beziehen.

Szenarien/Diskussion auf europäischer Ebene

Für die zu erwartende ex-ante Wirkungsabschätzung, die als Mitteilung im Herbst 2010 erwartet wird, könnten die Wirkungen von vier verschiedene Szenarien dargestellt werden:

1. Das „Status quo Szenario“- unveränderte Fortführung der GAP
2. Das „Anpassungsszenario“, das eine Anpassung des bisherigen Rahmens an die identifizierten Probleme und eine höhere Gewichtung zielorientierter Zahlungen beinhaltet („to improve the delivery on the specified objectives“);
3. Das „Public Goods Szenario“, welches die öffentliche Unterstützung exklusiv auf die Aktivitäten konzentriert, die öffentliche Güter liefern;
4. Das „100 % Liberalisierungsszenario“ („full liberalisation scenario“), welches die EU-Unterstützung beendet und die verbleibende Unterstützungsleistungen für die Landwirtschaft dezentralisiert.

Szenario 1 und 4 werden als mögliche Referenzszenarien zur Abschätzung der Wirkungen ins Gespräch gebracht.

Fazit/Annahmen

- Die Debatte um die Zukunft der Agrarpolitik ist eröffnet, es ist offen, wie das neue Modell der Agrarförderung aussehen wird.
- Eine Rückkehr zum alten Modell von Marktinterventionen wird es nicht geben.
- Geklärt ist, dass Naturschutzanliegen zu den „öffentlichen Gütern“ gehören; der Streit wird darum gehen, welche weiteren Güter dazu gehören, welche Aufgabe Direktzahlungen übernehmen sollen und welches Gewicht den einzelnen Zielen eingeräumt wird.
- Die Bundesregierung hält daran fest, dass auch künftig Umweltbelange eine wichtige Rolle in der GAP spielen müssen.
- Die Bundesregierung hält am „Zwei-Säulen“ Modell fest.
- Aufgabe des Umwelt und Naturschutzes ist es zu definieren, wie eine „wirkungsstarke“ 1. und 2. Säule aussehen wird, welche öffentlichen Umweltgüter und Dienstleistungen mit Hilfe der Instrumente der GAP gefördert werden können und hier entsprechende Vorschläge entwickeln

Rückblick

- Ziele der GAP sollte eine nachhaltige Landwirtschaft sein
- „Natur- und Umweltschutzlücke“ ist besonders groß in der Intensivlandschaft
- in benachteiligten Regionen: Gefahr der (biodiversitätsschädlichen) Betriebsaufgabe und/oder Intensivierung der Flächen unverändert hoch.
- Wachsender Ansprüche an die umwelt- und naturschutzgerechte Landnutzung
- Die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Instrumente der Agrarpolitik/Ländlichen Entwicklungspolitik ist zu bewerten. Ideen zur Sicherung der Biodiversitätsziele auch in der Intensivlandschaft sind:
 - Freiwillige Lösungen durch Ausbau der 2. Säule – Förderung
 - Anhebung der Cross Compliance- Anforderungen, die mit DZ verbunden sind: ökologischen Vorrangfläche in Kombination mit Vertragsnaturschutz
 - Ordnungsrechtliche Anforderungen losgelöst vom Subventionssystem bzw.
 - Marktwirtschaftliche Instrumente zur Internalisierung externer Umweltkosten

Ziele des heutigen Workshop

- Informationsaustausch zu den existierenden Vorschlägen zur GAP-Reform
- Ergebnisse des BfN-Projekts zu den Wirkungen der Agrarreformen 2003/5 auf das Umweltverhalten der Landwirte:
- Natur-und Umweltschutz als öffentliches Gut in der GAP: Reformbedarf für Honorierungsmodelle und Investitionszuschüsse
- Meinungsaustausch zur Frage der Kofinanzierung

Was erwartet Sie heute?

Block 1:

- Welche Reformvorschläge gibt es? Wodurch unterscheiden sie sich? Welche Vorschläge gehen besonders stark auf die Umwelt und Naturschutzanforderungen ein?
- Was haben die GAP-Reformen 2003/5 für den Natur- und Umweltschutz bewirkt? Welche Auswirkungen hatten sie auf das Umwelt- und Naturschutzverhalten von Landwirten? An welchen Standorten? Was denken die Landwirte über spezifische Elemente der Reformvorschläge 2013+?

Block 2:

- Wie lässt sich die Anforderung Honorierung öffentlicher Güter am Besten umsetzen? Erfahrungen und Ideen
- Welche Rolle kommt der Investitionsförderung zu, welche Rolle sollte sie zur Förderung der Umwelt- und Naturschutzanliegen einnehmen?

Block 3:

- Wie wirkt das Prinzip der Kofinanzierung? Was spricht für eine Beibehaltung der heutigen Finanzarchitektur? Was dagegen? Wie lässt sich der europäische Mehrwert der Agrarumweltpolitik beschreiben?

Eine Zukunftsaufgabe in guten Händen



Programmänderungen

**Danke für die Aufmerksamkeit
Karin Robinet FG I 2.1**

Dieser Vortrag kann demnächst nachgelesen werden auf:

www.ilr-2013.de



Daten zur Natur in Europa

- Extensive Landwirtschaft umfasst 15,8 % der Ackerfläche und 22,8 % der Grünlandfläche auf der Ebene der EU 27. Es wird geschätzt, dass HNF-Systeme mehr als 20% der Landwirtschaftsflächen in einigen Staaten mehr als 30 % umfassen
- 10 % der Landwirtschaftsflächen ist als Natura 2000-Fläche ausgewiesen in fünf MS sind es mehr als 15 % der Landwirtschaftsfläche; im Bereich der Forstwirtschaftsflächen sind es mehr als 20%; in einigen MS mehr als 40 %.
- Eine Abnahme der Vögel der Agrarlandschaft ist als Ergebnis der Intensivierung der Landwirtschaft über einen langen Zeitraum beobachtet worden
- Baumschäden liegen auf der Ebene der EU 27 liegen bei 23% der Untersuchungseinheiten; die Waldfläche hat zwischen 2000 und 2005 um 500,000 ha zugenommen, in erster Linie in Italien und Spanien
- Die Nitratkonzentration ist und bleibt zu hoch
- Die Landwirtschaft verbraucht zu viel Wasser , der Anteil der bewässerten Kulturen liegt in einigen Mitgliedstaaten höher als 20 % an der Ackerfläche

Sozio-Ökonomie ländlicher Gebiete in Europa

- 90 % des EU-Territoriums gilt als ländlich, 56 % der Bevölkerung lebt in ländlichen Räumen (OECD-Definiton): Als besonders „ländlich“ gelten Skandinavien, Frankreich und Irland, alle neuen EU-MS (mit Ausnahme der Hauptstadtregionen), als besonders „urban“ : B, NL, GB, Deutschland und Italien nehmen eine Mittelstellung ein; Der Altersdurchschnitt ist höher als in städtischen Räumen (Abwanderung der Jungen, insbesondere auch der Frauen)
- Ländlich bezieht sich vor allen Dingen auch auf die Flächennutzung. 78% des europäischen Territorium der EU wird von Land-und Forstwirtschaftlichen Aktivitäten bestimmt;
- der Beschäftigungsanteil des Primären Sektors schwankt erheblich. Zwischen zu vernachlässigen (UK) und einem Drittel aller Beschäftigten (Rumänien)
- Gemessen am Indikator BSP ist ländlich jedoch ungleich Landwirtschaft
- Andere Sektoren wie Tourismus & Gesundheitswirtschaft sind für die wirtschaftliche Entwicklung ungleich wichtiger, Energiewirtschaft nimmt an Bedeutung zu; Wichtigster industrieller Sektor: Ernährungswirtschaft
- Über Entwicklungschancen entscheidet auch die Lage im Raum & die Zugänglichkeit zu öffentlichen Dienstleistungen; Unterschiede zwischen Ländlichen Regionen in der Nähe einer Stadt und abgelegenen Gebieten; generell sind die (Pendel)Wege länger und ist das Angebot des öffentlichen Verkehrs schlecht

